

Analyse

Cesare Battisti Der italienische Ex-Terrorist, seit 34 Jahren auf der Flucht, entgeht erneut seiner Auslieferung. *Von Oliver Meiler*

Mit höhnischen Grüßen aus São Paulo

Dieses Lächeln, dieser Hohn. Die Italiener haben Cesare Battisti schon oft spöttisch in ausländische Fernsehkameras lächeln sehen. Triumphierend auch. Als freute ihn nichts mehr als die Düpierung der Justiz in der Heimat. Seit 34 Jahren ist der frühere Linksextremist, einst Mitglied der Terrorgruppe «Bewaffnete Proletarier für den Kommunismus», nun auf der Flucht vor seiner lebenslangen Haftstrafe – Frankreich, Mexiko, wieder Frankreich, Brasilien. Und immer, wenn man in Rom glaubt, Battistis endlich habhaft zu werden, entwindet er sich. Und lächelt. Beklatscht von mächtigen Freunden, von brasilianischen Politikern und französischen Intellektuellen, die den ehemaligen Terroristen für einen Märtyrer halten.

Vor einigen Tagen war es wieder so weit. Da liess ihn eine Bezirksrichterin von São Paulo festnehmen.



Dort, in einem Vorort der brasilianischen Grossstadt, lebt Battisti mit seiner neuen Frau und ihrem kleinen Kind schon seit einigen Jahren. Er ist jetzt 60 Jahre alt. Battisti gehörte ausgeliefert, fand die Richterin, der Mann sei schliesslich rechtmässig verurteilt. Man holte ihn mit Blaulicht, es war früher Abend in Brasilien. Die italienischen Medien berichteten aufgeregt – das Ende des Hohns schien erneut nahe zu sein. Dann ging Italien ins Bett. Als es aufwachte, war Battisti wieder frei. Und lächelte in die Kameras.

Die Geschichte Battistis nahm ihren Anfang in den «bleiernen Jahren» des roten und schwarzen Terrorismus, den Siebzigern, die Italien fast zerrissen hätten. Der Schulabbrecher aus Latina bei Rom wurde als Kleinkrimineller gross: Seine Spezialität waren Überfälle auf Supermärkte. Im

Gefängnis lernte er einen Ideologen der Terrorgruppe kennen. Als er freikam, organisierte er Überfälle für die Finanzierung der Bande. Dazu steht er. Die Mordfälle aber, die man ihm anlastet, will er nicht begangen haben.

Ende der Siebziger wurde er erneut inhaftiert, konnte aber bald ausbrechen und türmte nach Frankreich – zu Fuss, über die Alpen. Von da ging es für einige Jahre nach Mexiko. Dann lockte Paris mit einer unwiderstehlichen Offerte: Frankreichs damaliger Präsident, der Sozialist François Mitterrand, bot italienischen Linksextremisten politisches Asyl an. Er nannte sie «Aktivisten». 140 von ihnen siedelten um, tauchten unter, schwiegen dankbar. Battisti wurde Hauswart und schrieb dunkle Kriminalromane mit autobiografischen Zügen. Sie wurden zu Bestsellern. Die Pariser Kulturszene feierte ihn. Aus

dem früheren Terroristen wurde ein Star. In den Salons am linken Ufer der Seine erzählte man sich, Battisti sei das Opfer des wieder erstarkenden Faschismus in Italien.

2002 drehte der Wind. In Paris und Rom regierten die Rechten, die «Mitterrand-Doktrin» begann zu welken. Nach 9/11 nannte man Terroristen wieder Terroristen. Frankreich gelobte, Battisti auszuliefern. Es gab schon Termine. Festnehmen mochten ihn die Franzosen dann aber doch nicht. Es ging das Gerücht um, die Geheimdienste schützten ihn, weil er ihnen mit Informationen half. 2007 floh Battisti nach Brasilien, kam für eine Weile ins Gefängnis, wurde begnadigt und mit einem Dauervisum ausgestattet. Von ganz oben, vom Präsidenten. Als wäre er ein politisch Verfolgter, ein armer Kerl. Trotz des bleiernen Schattens.

Kolumne **Rudolf Strahm**

Ermottis Plan unter der Lupe

In einem breit inszenierten Aufruf in mehreren Tageszeitungen proklamierte UBS-Konzernchef Sergio Ermotti eine «neue Realität» nach dem Frankenschock. Er präsentierte ein wirtschaftspolitisches Programm zur Rettung der Schweiz. Flugs provozierte sein Brandstifter-Text den Zorn der Linken und eine Flut von Leserbriefen und Blogprotesten. Alle Parteispitzen fühlten sich zu raschen Stellungnahmen gedrängt. Die PR-Strategen hatten allerdings übersehen, dass die hochumstrittene UBS als Absenderin der Botschaft nicht optimal gewählt war.

Wenn wir vom bekannten ideologischen Deregulierungs- und Antibürokratie-Geschwurbel mal absehen, gegen das Bürger und Bundesbern heute stärker immun sind: Was steckt materiell an wirtschaftlicher Substanz in Ermottis «Rettungsplan für das Erfolgsmodell Schweiz»?

Lasst Zahlen sprechen

Die Kritiker hatten es sich zu leicht gemacht und sich bloss auf ideologischer Ebene eingeschossen. Ich habe mich der Mühe unterzogen, den ökonomischen Gehalt jenseits der ideologischen Verpackung herauszuarbeiten. Was will Ermotti, was wollen die Grossbanken, konkret von Bundesbern?

Im Kern ist der Forderungskatalog eine Mobilisierung gegen die aktuelle Regierung, speziell gegen die Finanzministerin, aber ganz klar auch gegen die Interessen anderer Wirtschaftszweige, wie nachstehend gezeigt wird.

Ich habe die Eidgenössische Steuerverwaltung gebeten, die Kosten der steuerpolitischen Vorschläge des obersten UBS-Chefs zu berechnen. Die Abschaffung der Stempelsteuern würde dem Bund 2,1 Milliarden Franken Ausfälle pro Jahr bescheren, die Abschaffung der Emissionsabgaben auf Eigenkapital allein etwas mehr als 0,2 Milliarden. (Die Beibehaltung von Stempelsteuern galt immer als gerechter Ausgleich zur Mehrwertsteuerbefreiung der Banken.) Dazu fordert Ermotti die Unternehmenssteuerreform III ohne jede Kompensation mit Kapitalgewinnsteuer. Damit würde diese Reform dem Bund jährliche Steuerausfälle von 3,9 und den Kantonen von weiteren 0,8 Milliarden beschern. Solche Forderungen kommen ausgerechnet von jener Grossbank, die seit ihrer Rettung durch den Staat bis ins Jahr 2018 dank der Verlustvorträge keine Gewinnsteuern abliefern wird.

Aufschlussreich ist Ermottis Liste jener Gesetzesprojekte, die er zur Deregulierung und Zurückstufung empfiehlt. Konkret will die UBS abgespeckte Vorlagen beim Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg), beim Finanzinfrastrukturgesetz (Finfrag) und im Aktienrecht. Mit Fidleg und Finfrag sollten der Anlegerschutz verstärkt, die vorherrschende Täuschungskultur durch mehr Transparenzpflichten korrigiert, die Sicherheit der Beratung verbessert und die Haftung der Banken gegenüber dem Anleger verstärkt werden.

In der Finanzkrise hatte die UBS ein halbes Dutzend ihrer Anlagefonds über Nacht geschlossen und liquidiert. Tausende von Wohlhabenden, notabene nicht die Kleinsparer, sondern Gewerbetreibende, KMU-Inhaber, Selbstständigerwerbende, Pensionskassen wurden mit ihren Vorsorgevermögen geschädigt. Bei Klagen waren alle Geschädigten chancenlos.

Ermotti fordert nicht den Verzicht auf diese Gesetze, sondern keine «unverhältnismässigen Rechtsdurchsetzungsforderungen». Im Klartext heisst dies: Gesetzesregeln ohne Biss, keine Beweislastumkehr, kein Schiedsgericht, keine Gruppenklagen, dafür aber neue Hürden, die dem geschädigten Anleger das Prozessieren vergällen. Nach der Vernehmlassung ist nun der Bundesrat praktisch auf der ganzen Linie den Banken gefolgt. Benachteiligt werden dadurch gerade die wohlhabenden Anleger und KMU-Inhaber, die auf solide Vermögensanlagen angewiesen wären.

Diese Kundenschutzgesetze bringt der Bundesrat übrigens in Anlehnung an die in der EU verschärften Anlegerschutzregeln (Mifid II). Die Schweizer Banken werden in Zukunft nämlich nur dann zum europäischen Markt zugelassen, wenn sie den gleichen Verhaltensregeln auch in der Schweiz unterstellt sind. Die abgespeckte Gesetzgebung ist indes nicht mehr gleichwertig wie die Mifid-Richtlinie. Es ist leicht vorauszu-sehen, dass die Banken – man kennt dies schon – vom Bundesrat vorwurfsvoll fordern, er müsse sich im Ausland für ihre Interessen einsetzen.

Aufschlussreich ist auch, dass Ermotti eine schwächere Umsetzung der Aktienrechtsreform fordert. Ihr Kernstück ist der definitive Vollzug der angenommenen Minder-Initiative gegen die Boni-Wirtschaft (Abzockerinitiative). Auch hier will Ermotti, der

letztes Jahr für sein mässiges Abschlussresultat der UBS unangemessen hohe 11 Millionen Franken persönliche Entschädigungen kassierte, einen möglichst schwachen Staat. Sein «Rettungsplan» für die Schweizer Wirtschaft ist bei näherer Analyse vor allem ein verpacktes Privilegienprogramm für Grossbanken und einige Grosskonzerne.

Aufschlussreich ist, wo sich Ermottis «Rettungsplan» ausschweigt. Die nach dem Frankenschock drängendste Massnahme mit grösster Breitenwirkung wäre ein kartellrechtlicher Befreiungsschlag gegen die Hochpreislieferungen ausländischer Konzerne und Markenartikler. Schweizer Konsumenten und KMU zahlen nach dem Frankenschock rund 15 Milliarden Franken zu viel ans Ausland. Aber die UBS ist vom Hochpreisproblem nicht betroffen, denn der Bankkonzern organisiert seine Auslandseinkäufe für Computer und Büroeinrichtungen mit der eigenen Einkaufsgesellschaft Chain IQ über ihre Filialen im Ausland. KMU können solches nicht.

Wofür steht das «S»?

Eine dringende wirtschaftspolitische Massnahme wäre gewiss die rasche Erhöhung der Eigenmittelvorschriften bei den Grossbanken. Derzeit verfügen UBS und Credit Suisse nur gerade über 3,0 respektive 2,4 Prozent hartes Eigenkapital, gemessen an ihren gesamten Anlagen (ungewichtet; bei den andern Schweizer Banken sind es 6 bis 10 Prozent). Damit sind sie nach dem Barclays-Rating die am schlechtesten kapitalisierten Grossbanken der Welt.

UBS und CS gehören heute zu weit über zwei Dritteln ausländischen Aktionären: Die Mehrheit ihrer Verwaltungsräte und Topmanager hat keinen Bezug zur Schweiz. Doch der Schweizer Staat müsste auch im Falle einer neuen Krise zu 100 Prozent für sie geradestehen. Wie lange lässt sich denn das «S» im Namen UBS und CS noch rechtfertigen?



Rudolf Strahm
Der Ex-Preisüberwacher wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.



PR Google News zeigt neuerdings Presseerklärungen. Ein Skandal? Mitnichten. *Von Christian Lüscher*

Pure Werbung für den Journalismus

Google News sammelt Nachrichten von frei zugänglichen journalistischen Onlineangeboten, zeigt die ersten paar Hundert Zeichen und versieht das Ganze mit einem Link zur Quelle. Weil das Geschäftsmodell von Google so profitabel ist, der US-Konzern aber keine Inhalte produziert, sondern nur auffindbar macht, ist der Dienst umstritten.

Nun geht Google News einen Schritt weiter. Laut der Nachrichtenagentur Reuters reichert Google den Dienst mit PR-Inhalten an. Sucht ein Nutzer nach bestimmten Themen, werden ihm journalistische Artikel und Presseerklärungen gleich gewichtet angezeigt.

Gegenüber Reuters betonte Google (wohl um einem vorhersehbaren Vorwurf zu begegnen), dass der Suchmaschinenbetreiber für diesen Service kein Geld von den Unternehmen erhält. Wie von Google gewohnt, argumentiert das Unternehmen mit einer Steigerung des Nutzens. Laut einer Sprecherin wolle man Suchenden die beste Antwort mit nur einem Klick anbieten. Die Änderung ist mit Sorge zu beobachten. Denn der

Suchmaschinenbetreiber präsentiert unter Google News Inhalte, die nachweislich keine News sind und die keinen journalistischen Prüfungsprozess durchlaufen haben.

Transparenter Journalismus

Die Gleichgewichtung ist gefährlich. In einem Fall hat Google die Pressemitteilung einer Firma prominenter aufgeführt als die kritische Berichterstattung von Journalisten.

Natürlich kann man nun die Neuerung verurteilen, weil sie journalistische Inhalte offenkundig abwertet. Man kann es aber auch so sehen: Letztlich macht Google das Nachrichtengeschäft transparenter. Denn der Nutzer hat neu Einblick, wie Nachrichten entstehen. Im besten Fall kann er nachvollziehen, wie Ereignisse unterschiedlich eingeordnet werden. Die Bedenken, Google werte sorgfältig recherchierte Artikel ab, sind zwar berechtigt. So oder so: Am Ende macht der Suchmaschinen-gigant nur beste Werbung für etablierte Nachrichtenangebote. Denn dort gibt es keine Zweifel. Nur Journalismus. Pur.